

// Im Blickpunkt

In der Reihe der Beiträge zum Regierungsentwurf des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurden bislang – neben einer Synopse der Unterschiede zwischen RefE und RegE (Zülch/Hoffmann, BB 2008, 1272) – die geplanten Neuregelungen bei den Bilanzansatzwahlrechten (Küting, BB 2008, 1330), die Beibehaltung des Passivierungswahlrechts bei mittelbaren Pensionsverpflichtungen (Heger/Weppler, BB 2008, 1383) sowie aktive latente Steuern auf Verlustvorträge (Engels, BB 2008, 1554) thematisiert.

In dieser Ausgabe widmen sich Hommel/Laas der Währungsumrechnung im Einzelabschluss nach den Vorschlägen des BilMoG-RegE.

Gabriele Bourgon, Ressortleiterin Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

**Entscheidung**

LG Bonn: § 335 HGB ist verfassungsgemäß – Pflicht einer Gesellschaft in der Insolvenz in Bezug auf Offenlegung des Jahresabschlusses

Das LG Bonn hat in einem Beschluss vom 30.6.2008 – 11 T 48/07 – wie folgt entschieden: § 335 HGB zur Festsetzung von Ordnungsgeld bei Nichtoffenlegung von Jahresabschlüssen ist nicht verfassungswidrig.

Das vertretungsberechtigte Organ einer Kapitalgesellschaft bleibt auch nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft für diese Träger der Offenlegungspflicht nach § 325 Abs. 1 S. 1 HGB und damit möglicher Adressat eines Ordnungsgeldverfahrens nach § 335 HGB.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1665-1 unter www.betriebs-berater.de

➔ Der Beschluss wird in BB 32 von Undritz in einem Entscheidungsreport kommentiert.

Rechnungslegung

Wir werten für Sie die Homepages von BMF, BMJ, DRSC, DPR, BaFin, IASB, FASB, SEC und EU aus.

DSR: Stellungnahme zum PAAinE Discussion Paper Pensions

Der Deutsche Standardisierungsrat (DSR) hat seine Stellungnahme zum Diskussionspapier „The Financial Reporting of Pensions“ der Proactive Accounting Activities in Europe (PAAinE) verabschiedet. Der Text ist unter www.drsc.de abrufbar.

EFRAG: Abschlussbericht zu IFRS 1 und IAS 27

-tb- Die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) hat ihren Abschlussbericht betreffend die Überarbeitung von IFRS 1 und IAS 27 „Cost of an Investment in a Subsidiary, Joint Controlled Entity or Associate“ fertiggestellt und zusammen mit einer Übernahmeempfehlung an

die EU-Kommission übermittelt. Der Text ist unter www.efrag.org abrufbar.

EFRAG: Endorsement Status Report Juli 2008

Der aktualisierte Endorsement Status Report der EFRAG ist unter www.efrag.org abrufbar.

IASB: Diskussionspapier zur Satzungsänderung des IASC

-tb- Die Trustees der International Accounting Standards Committee (IASC) Foundation haben ein Diskussionspapier mit den Titel „Review of the Constitution: Public Accountability and the Composition of the IASB-Proposals for Change“ veröffentlicht. Die Satzung (Constitution) des IASCF ist im fünfjährigen Turnus einer solchen Überarbeitung zu unterziehen. Das 26-seitige Dokument sieht unter anderem die formale Einbeziehung einer Monitoring Group sowie die Ausweitung auf 16 Mitglieder vor. Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme endet am 20.9. 2008. Die Trustees gehen davon aus, dass in Bezug auf diesen Teil des Review endgültige Entscheidungen in ihrer Sitzung am 9. und 10.10.2008 in Peking getroffen werden, so dass die neuen Regelungen ab dem 1.1.2009 wirksam werden können. Weitere Informationen dazu unter www.iasb.org und www.drsc.de.

Wirtschaftsprüfung

Wir werten für Sie die Homepages von IDW, WPK, APAK, IFAC, AICPA, PCAOB, EU und FEE aus.

IFAC: Vorschläge zur Überarbeitung des Code of Ethics

-tb- Der International Ethics Standards Board for Accountants (IESBA) der International Federation of Accountants (IFAC) hat Vorschläge zur Überarbeitung und Vereinfachung des IFAC Code of Ethics for Professional Accountants veröffentlicht (www.ifac.org). Die Kommentierungsfrist endet am 15.10.2008.

Fördermittel

Investitionszulage wird fortgeführt

Das Bundeskabinett hat am 16.7.2008 beschlossen, die Investitionszulage für betriebliche Investitionen in Ostdeutschland bis 2013 fortzuführen. Die Investitionszulage unterstützt betriebliche Erstinvestitionsvorhaben des verarbeitenden Gewerbes, bestimmter produktionsnaher Dienstleistungen und im Beherbergungsgewerbe und schafft damit zusätzliche Arbeitsplätze in Ostdeutschland.

Trotz der degressiven Ausgestaltung der Fördersätze stehen bis 2013 steuerfreie Zulagen in einer Größenordnung von rund 2,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Das hierdurch geförderte Investitionsvolumen der Unternehmen liegt bei einem Vielfachen. Die derzeit geltenden Fördersätze von 12,5 %, beziehungsweise 25 % für kleine und mittlere Unternehmen werden sich von 2010 bis 2013 jährlich um 2,5 Prozentpunkte für Großunternehmen, beziehungsweise um fünf Prozentpunkte für kleine und mittlere Unternehmen verringern.

Dies entspricht den Bestrebungen der Bundesregierung, die Investitionszulage langfristig planmäßig auslaufen zu lassen und die Investitionsförderung auch in Ostdeutschland auf die im GG verankerte Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu konzentrieren.

Ganz wichtig ist: Mehrjährige Investitionsvorhaben werden mit dem Zulagensatz gefördert, der im Jahr des Vorhabensbeginns gilt. Unternehmen, die bis Ende 2009 mit ihren Investitionsprojekten beginnen, können also noch von den derzeit geltenden Fördersätzen profitieren. Dies ist als Anreiz gedacht, mehrjährige Investitionsvorhaben zügig voranzutreiben.

Mehr Informationen dazu unter www.bundesfinanzministerium.de und www.bundesregierung.de.

Im BB-Nachrichtenüberblick unter www.betriebs-berater.de werden Sie direkt auf alle angegebenen Dokumente verlinkt.